Antragsteller hat am 23.11.2011 vor Beschlussfassung die Worte "möglichst zugleich" gestrichen.





Antrag

TOP:

Vorlagen-Nummer: **V/2011/09888**Datum: 24.11.2011

Bezug-Nummer. HHstelle/Kostenstelle:

Verfasser: Fraktion MitBÜRGER für Halle -

NEUES FORUM

Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	29.06.2011	öffentlich Entscheidung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	20.10.2011	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	15.11.2011	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	16.11.2011	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	23.11.2011	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung des Gender Budgetings in der Stadt Halle (Saale)

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die anstehende Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesens zu nutzen, um möglichst zugleich "Gender Budgeting" (stufenweise) in der Stadt Halle (Saale) zu verankern.

gez. Tom Wolter Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Mit Gender Budgeting werden wichtige Informationen zur Verteilung und Wirkung der öffentlichen Mittel erhoben. Der Begriff "Gender Budgeting" steht für eine geschlechterdifferenzierte Analyse der öffentlichen Haushalte. Gender Budgeting ermöglicht die systematische Analyse, Steuerung und Evaluation des Haushalts zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Mittels Gender Budgetings sollen Einnahmen und Ausgaben daraufhin überprüft werden, ob sie die Gleichstellung der Geschlechter fördern oder gar Ungleichheiten hervorbringen. Demzufolge sind Gender-Informationen zu Haushaltspositionen eine wichtige Entscheidungsgrundlage für eine gezielte Gleichstellungspolitik. Gleichzeitig verbessert sich damit auch die Qualität und Wirksamkeit der öffentlichen Dienste, denn die vorhandenen Ressourcen können passgenauer genutzt werden, was gerade in Zeiten knapper Kassen von großer Bedeutung ist.

Wie funktioniert Gender Budgeting?

Dazu müssen Informationen über die Verteilung und Wirkung der öffentlichen Mittel bekannt sein oder statistisch erhoben werden. Folgende Fragen stehen u.a. im Mittelpunkt:

- 1. Welche Zielgruppen werden durch die geförderte Infrastruktur erreicht? Wem kommen die finanziellen Mittel und Leistungen der öffentlichen Hand zugute, wer nutzt die Dienstleistungen und Produkte?
- 2. Wie wirkt sich die Vergabe öffentlicher Mittel auf die Lebensverhältnisse von Frauen und Männer aus? Tragen sie zur Gleichstellung von Frauen und Männern bei?
- 3. Haben Frauen und Männer unterschiedliche Prioritäten?

Ziel ist die Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedarfe und Bedürfnisse von Frauen und Männern in öffentlichen Haushalten.

In den Städten wie Berlin, München und Freiburg wird Gender Budgeting bereits angewendet bzw. eingeführt und als ein wichtiges Mittel für Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern genutzt. Auch für die Stadt Halle ist die Frage von Bedeutung, wofür sie zukünftig ihre knappen Ressourcen einsetzt, um die Lebensbedingungen ihrer Bürgerinnen und Bürger zielgerichtet zu fördern.

Wie Herr Geier bereits im Jahr 2010 auf eine schriftliche Anfrage von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN geantwortet hat, "ist die Umsetzung innerhalb der EU-Mitgliedstaaten bis zum Jahr 2015 vereinbart" (Herr Geier, 9.2.2010, Vorlage: V/2009/08476). Die Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (Doppik) in der Stadt Halle (Saale) soll als Chance genutzt werden, zu analysieren, wie viele Männer und Frauen bzw. Jungen und Mädchen von den durch die Stadt bereitgestellten Angeboten und Dienstleistungen profitieren, um dadurch einem fairen und geschlechtergerechten Haushalt näher zu kommen. Die damit zusätzlich bereitgestellten Informationen können auch in den weiterhin nicht zu vermeidenden Kürzungsdebatten dazu beitragen, Entscheidungen zu Beschränkungen von Fördermitteln, Dienstleistungen etc. unter gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten zu bewerten. Die Stadtverwaltung soll im Rahmen der Einführung von Doppik zeitnah Gender Budgeting in das neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen einführen.

In der Stadt Freiburg wurde bereits 2007 beschlossen, ein Verfahren zur Durchführung des Projektes "Geschlechtersensibler Beteiligungshaushalt" einzuführen und festgelegt, dass die haushaltsneutrale Gewichtung städtischer Leistungen auf der Ausgabenseite und deren Auswirkung auf die Lebensverhältnisse von Männern und Frauen diskutiert werden soll. Die Ergebnisse sind unter

http://www.freiburg.de/servlet/PB/menu/1239183 | 11/index.html | detailliert | nachzulesen | und | können | bspw. als informative Einführung in die Thematik genutzt werden.